

Föderalismus in Rußland von heute und Probleme der Nationalitätenbeziehungen

Die Frage, ob westeuropäische Politik ihren Beitrag zur Demokratisierung und Stabilität in Mittel- und Osteuropa zu leisten vermag, kann von vornherein bejaht werden. Freilich muß von Anfang an genau definiert werden, was unter dem Begriff "Beitrag" zu verstehen ist. Dem Wort "Beitrag" wohnt semantisch eine Schattierung des Einmaligen inne, hier geht es jedoch um einen Prozeß, dazu noch um einen langwierigen Prozeß.

Ich möchte an die Worte von *Fjodor Tjutschews*, eines der begabtesten russischen Dichter des vorigen Jahrhunderts, erinnern. *Fjodor Tjutschew* war aber nicht nur ein Verskünstler, sondern auch ein begnadeter Diplomat der Zarenzeit. Vor mehr als hundert Jahren hat er einen Satz ausgesprochen, der zu einem geflügelten Wort werden sollte:

"Mit dem Verstand versteht man Rußland nicht,
und jedes Maß wird kaum stimmen..."

Diese Worte von *Tjutschew* nimmt man heutzutage viel zu oft in den Mund; indem sie die im Grunde genommen unberechenbare Mentalität der russischen Nation wiedergeben, liefern sie zugleich auch eine gewisse Rechtfertigung, jedoch keine Erklärung der Prozesse, die sich auf dem Territorium Rußlands abgespielt haben und sich auch weiterhin abspielen. Deshalb gelte es nur, an Rußland zu glauben.

In der Welt von heute wird nur selten geglaubt. Dies um so mehr, als Rußland im scheidenden 20. Jahrhundert der Welt so viele Rätsel aufgegeben hat, daß die Antworten darauf bis auf den heutigen Tag nicht eindeutig ausfallen können. Ein Rätsel aber ist heute allen verständlich: Ohne Rußland, das den maßgeblichen Beitrag zur Zerschlagung des deutschen Nationalsozialismus geleistet hat, wäre es alles andere als klar, welchen Weg die Entwicklung der Menschheit in diesem Jahrhundert eingeschlagen hätte. Von den zahlreichen Tatsachen, die man da auflisten könnte, steht zumindest das hundertprozentig fest: Österreich als einen selbständigen Staat hätte es nicht mehr gegeben.

Doch wollen wir bei unserem Thema, dem russischen Föderalismus verbleiben. Hier kommt es darauf an, sich erneut der Vergangenheit zuzuwenden, ohne deren Bewertung man die Gegenwart kaum begreifen kann, ganz zu schweigen von der Zukunft. Eben diese Dreifaltigkeit: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, kann einen Schlüssel für das Begreifen dessen, was sich in Rußland abspielt, durch Westeuropäer liefern, vor allen Dingen, was die Selbstbestimmung der Nationen, der Völker und Völkerschaften angeht, welche auf seinem Territorium zu Hause sind. Als Geschichtsforscher möchte ich mir einen kurzen geschichtlichen Rückblick leisten; manchmal vermittelt ein Aneinanderreihen allgemein bekannter Sachverhalte eine überzeugende Anschaulichkeit.

In vielen Jahrhunderten entwickelte sich Rußland zum nationalitätenreichen Staat – vor allem der osteuropäischen Slaven, der Russen, der Ukrainer und der Weißrussen. Erstmals wurden wissenschaftlich fundierte Angaben über die ethnische Zusammensetzung des Russischen Reiches während der gesamtrussischen Volkszählung im Jahre 1897, d.h. genau vor hundert Jahren, gewonnen. Damals wurde die Gesamtzahl von Sprachen und Mundarten festgehalten, nämlich einhundertsechszwanzig. Kraft geschichtlicher und geographischer Bedingungen war Rußland ein stark zentralisierter Unitarstaat. Doch auch zu jener Zeit besaßen Polen und Finnland größere Rechte als jedes andere Gouvernement: Eben diese einstigen russischen Provinzen machten nach der Revolution von 1917 als erste vom Recht auf die Selbstbestimmung Gebrauch und riefen selbständige Staaten aus. Wie dies vor sich gegangen war, bildet ein Thema für eine separate wissenschaftliche Abhandlung. Das bezieht sich auch auf das Problem der baltischen Staaten, die seit dem 18. Jahrhundert zum Bestand des Russischen Reiches gehörten. In Rußland, und zwar in dessen Grenzen von 1917, lebten insgesamt 171 Millionen Menschen.

In der ehemaligen Sowjetunion hat es 53 nationalstaatliche Gebilde unterschiedlicher Ebenen gegeben, und zwar Unionsrepubliken, autonome Republiken und Bezirke, nationale Kreise. Ende 1991, nach dem Zerfall der Sowjetunion, machten die Unionsrepubliken von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch und schieden aus der Union aus. Dieses Recht war in allen sowjetischen Verfassungen festgehalten und rief mitunter ironisches Lächeln hervor: Wem würde es denn einfallen, aus freien Stücken der Sowjetunion den Rücken zu kehren? Übrigens: Im März 1991 haben sich zwei Drittel der Landesbevölkerung im Rahmen einer in der gesamten Sowjetunion abgehaltenen Volksbefragung für den Fortbestand der Union ausgesprochen. Die meisten Stimmen dafür, daß die Union fortbesteht und sich weiterentwickelt, wurden in den mittelasiatischen Republiken, d. h. in den ehemaligen Randgebieten des zaristischen Rußlands, abgegeben. Doch dies gehört zum Bereich von

"lyrischen Abschweifungen". In der Geschichte Rußlands und nicht nur Rußlands allein, kommt es mitunter vor, daß man zunächst eine Tat begeht und erst im Anschluß daran darüber nachzusinnen beginnt...

Im Rußland von heute leben rund 150 Millionen Menschen, d.h. genau soviele wie in der gesamten Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Rußlands Territorium macht 12,6 Prozent vom gesamten bewohnten Festland des Erdballs aus. Was die Einwohnerzahl betrifft, nimmt Rußland den Platz sechs nach China, Indien, den USA, Indonesien und Brasilien ein.

Die Nationalitätenfrage

Alle Völker in Rußland lassen sich in *drei Gruppen* gliedern: Zu der *ersten* gehören Ethnien, von welchen ein Großteil in Rußland beheimatet ist und die über dessen Grenzen hinaus lediglich kleinere Gruppen bilden. Zu der *zweiten* Gruppe gehören jene Völker der Republiken der ehemaligen Sowjetunion, die auf dem Territorium Rußlands durch bedeutende und starke Gruppierungen vertreten sind; in einigen Fällen bilden sie sogar geschlossen siedelnde Bevölkerungsmassen. Die *dritte* Gruppe wird die von kleineren ethnischen Gebilden gestellt wird, die in ihrer überwiegenden Mehrheit außerhalb von Rußland leben. Zu der zweiten Gruppe kann man Ukrainer, Weißrussen, Kasachen, Armenier und andere zählen. Unter den Vertretern der dritten Gruppe wären unter anderem Meßcheta-Türken, Rumänen, Ungarn, Chinesen, Kurden und andere zu nennen. Auf diese Weise wohnen auf dem Territorium Rußlands etwa hundert Völker, während der Rest (und zwar 20 in der zweiten Gruppe und 28 in der dritten Gruppe) in den Ländern des nahen Auslands oder in anderen fremden Staaten beheimatet ist. Doch sie bilden, besonders Ethnien der zweiten Gruppen ein beachtliches ethnisches Element der Bevölkerung Rußlands. Somit haben wir es erneut, wie vor hundert Jahren, mit rund 150 Sprachen und Völkern zu tun. Erneut sind es, wie vor 50 Jahren, 150 Millionen Einwohner. Die Monarchie ist gestürzt worden. Es besteht keine Sowjetunion mehr. Es hat Revolutionen und Reformen gegeben, die Ethnien sind geblieben.

In unserem Lande wird gescherzt: Wenn man Moskau mit seinen zehn Millionen Einwohnern in ein selbständiges Staatsgebilde verwandeln würde, so würden auch dort Vertreter von 150 Ethnien zu verzeichnen sein.

Es wäre hervorzuheben: Die ethnischen Gebilde der zweiten und der dritten Gruppe umfassen etwa über sechs Prozent der Gesamtbevölkerung, d. h. sie zählen alles in allem 8,2 Millionen Menschen.

Ich möchte meine Ausführungen mit Statistiken nicht überladen, doch man kann ihnen kaum entfliehen, wenn man bestrebt ist, ein klares Bild darüber zu gewinnen, was die Föderation in Rußland von heute ausmacht. Heute bestehen darin 32 nationale Gebilde: 21 Republiken, 1 autonomes Gebiet und 10 autonome Bezirke. Das sind 25,8 Millionen Menschen.

Von den 21 Republiken, die zu den 89 Subjekten der Russischen Föderation gehören, bilden nur in sechs, und zwar in Tschetschenien, Inguschetien, Tschuwaschien, Tuwa, Kabardino-Balkarien, Nordossetien die Stammvölker die Bevölkerungsmehrheit. Im multiethnischen Dagestan bilden 10 dort beheimatete Völker 80,2 % der Bevölkerung dieser Republik. In einer anderen Republik, in Kalmykien, sind es nur 11,8 %.

Im großen und ganzen machen Vertreter der slawischen Sprachengruppe mehr als 87 Prozent der Landesbevölkerung aus, gefolgt von Vertretern der Altai- und der Turkgruppe.

Dies wären die objektiven Fakten, welches alle Gewalten in Rußland von heute - sowohl die Legislative als auch die Exekutive – Rechnung zu tragen haben.

Der russische Föderalismus

Es wäre daran zu erinnern, daß der russische Föderalismus als juristische und politische Realität unter den heutigen Bedingungen mit dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Föderationsvertrages am 31. März 1992 entstanden ist. Er schließt drei miteinander wechselseitig zusammenhängende Dokumente ein: 1.) den Vertrag über die Abgrenzung der Verfügungsgegenstände zwischen den föderalen Organen der Staatsmacht der Russischen Föderation und den Machorganen der souveränen Republiken; 2.) den zwischen den föderalen Organen der Staatsmacht und den Organen der Regionen, der Gebiete sowie der Städte Moskau und Sankt-Petersburg und 3.) den Organen des autonomen Gebiets und der autonomen Bezirke.

Der Vertrag erhält und entwickelt jene Elemente des Föderalismus weiter, die für das russische Staatswesen in allen Phasen seiner Herausbildung in den letzten Jahrhunderten geschichtlich

kennzeichnend gewesen sind. Rußland als Föderation ist einheitlich. Die Republiken, die in den Bestand der Russischen Föderation eingehen, sind imstande, sich nicht im Rahmen einer engen nationalen Absonderung, sondern lediglich im gesamt-nationalen Gebilde des russischen Staatswesens zu verwirklichen, das im Interesse aller Nationen und Völkerschaften wirkt und die ganze Fülle der legislativen und der exekutiven Gewalt trägt. Indem die Föderation für die Republiken und Gebiete die gleichen Bedingungen für die Entwicklung ihrer materiellen und geistigen Kultur schafft, fördert sie das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen ihnen und trägt dazu bei, daß die Schwächeren an die Stärkeren Anschluß finden. Doch kann der Grundsatz: "Mehr dem, der leistungsschwächer ist!" erst dann gerechtfertigt werden, wenn das Volk der jeweiligen Republik, der jeweiligen Region oder des jeweiligen Gebietes ein Maximum an Arbeitsleistungen und Anstrengungen unternimmt, um sein Leben zu verbessern.

Zugleich sollte man bei aller außerordentlichen Bedeutsamkeit des Föderationsvertrages diesem keine erweiternde Auslegung verleihen, denn er bildet keinen Vertrag über die Errichtung des Staates als solchen, denn dieser Staat ist, wie bereits ausgeführt, vor Jahrhunderten entstanden und er hat sich in Jahrhunderten entwickelt. Dieses Dokument bildet auch keinen Vertrag über die Umwandlung des Staates in eine Föderation. Davon zeugt unter anderem die Tatsache, daß die Subjekte, die den Föderationsvertrag unterzeichnet haben, nicht darauf eingegangen sind, die staatlichen und nationalen Einrichtungen, die sich in Jahrhunderten herausgebildet haben, niederzureißen. Die geltende Form der nationalen und der staatlichen Einrichtung ist vom Idealen weit entfernt. Durch den Föderationsvertrag ist eine Verschiedenartigkeit der Subjekte der Föderation real verankert, und zwar der nationalstaatlichen Einheiten (Tatarstan, Baschkortostan u.a.), der administrativen Territorialeinheiten (Regionen, Gebiete, Moskau u.a.) und der national-territorialen Einheiten (jüdisches autonomes Gebiet und die nationalen Bezirke, z.B. der Tschuktschen, der Korjakken, der Chanten und der Mansen u.a.). Auf diese Weise wirkt in der staatlichen Ordnung einer der ernst zu nehmenden Widersprüche weiterhin fort: Realisiert ist das Modell für die gleichzeitige und gemeinsame Funktionsweise von zwei Repräsentationsmodellen: des nationalen und des territorialen Modells. Es gibt auch unverkennbare Mißstände: zehn autonome Bezirke haben den Status eines Subjektes der Russischen Föderation erhalten. So wohnten im nationalen Bezirk der Chanten und der Mansen (in Westsibirien) nur 1,5 Prozent der Stammbevölkerung. Dieser Bezirk ist dem Gebiet Tjumen direkt unterstellt, nachdem er jedoch zu einem Subjekte der Föderation geworden ist, ist er gleichzeitig imstande, sich direkt an Moskau, d.h. an die Zentralregierung, zu wenden. Die Einwohner des autonomen Bezirkes der Chanten und der Mansen haben sich geweigert, sich an der Wahl der Leitungsgremien des Gebiets Tjumen zu beteiligen. Einmal soll *General de Gaulle* über Frankreich gesagt haben: "*Versuchen Sie mal, ein Volk zu regieren, das mehr als hundert Käsesorten hat!*" Diese Worte abwandeln, kann man sagen: "*Versuchen Sie mal, ein Land zu regieren, daß an die hundert Subjekte der Föderation zählt!*" *Wladimir Shirinowski*, bekannter Spitzenpolitiker der Liberal-demokratischen Partei Rußlands, plädiert dafür, daß alle nationalen Gebilde abgeschafft, die Zahl der Subjekte verringert und nur administrativ-territoriale Subjekte übrig gelassen werden. *Juri Luschkow*, Oberbürgermeister von Moskau, hat schon mehrmals den Vorschlag gemacht, daß über den jetzigen 89 Subjekten der Russischen Föderation, zehn bis zwölf Territorialbezirke bzw. Bundesländer geschaffen werden sollten, damit das Föderalzentrum mit diesen, nicht aber mit jedem einzelnen Subjekt, zusammenarbeite. Doch würde dies unbestritten zu einem starken Widerstand der Republiken führen und eine Komplikation des Systems zur Lenkung und Leitung unseres Landes nach sich ziehen. Anstelle der vier Verwaltungsebenen, die es heute gibt, würde eine fünfte entstehen, was das Zusammenwirken des Zentrums und der Basis natürlich nur noch weiter erschweren würde.

Es gibt ein weiteres Problem, das in der letzten Zeit in wissenschaftlichen Kreisen und nicht nur in diesen, immer häufiger diskutiert wird. Es geht um die Rechte des russischen Volkes auf die Selbstbestimmung, auf die Souveränität auf dem gesamten Territorium von Rußland und auf die Wiedervereinigung in einem Einheitsstaat. Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1989 haben die Russen 81,5 % der Bevölkerung der Russischen Föderation ausgemacht. Zur Zeit hat sich ihr Anteil auf 85 Prozent erhöht, und er nimmt in Verbindung mit der erzwungenen Migration auch weiterhin zu. Zur Zeit leben außerhalb der Grenzen Rußlands 26 Millionen Russen. Sie kommen nach Mittelrußland aus Kaukasien, aus Kasachstan und aus anderen Ländern des sogenannten nahen Auslandes.

Einige Analytiker vergleichen die Russische Föderation mit anderen Ländern, was die nationale Zusammensetzung betrifft, um sich davon zu überzeugen, ob es sich in der Tat um ein nationalitätenreiches Land handelt, wenn man westeuropäische Maßstäbe anlegt. So machen die Spanier in ihrem Lande 70 Prozent der Bevölkerung aus, in Großbritannien beziffert sich der Anteil der Engländer auf 77 Prozent, während Franzosen 82 Prozent der Bevölkerung ihres Landes stellen. Niemand ist der Ansicht, daß es in diesen Ländern andere souveräne Nationen außer Spaniern, Franzosen oder Engländern gibt.

36 Prozent der Nichtrussen gehören zu den anderen Völkern der ehemaligen Sowjetunion (Ukrainer, Weißrussen, Armenier usw.). Für sie ergibt sich das Problem der staatlichen Souveränität überhaupt nicht. 28,5 Prozent der Nichtrussen leben außerhalb ihrer Nationalgebilde und folglich haben sie kein Streben nach Souveränität. Nur 35,3 Prozent der Nichtrussen leben in ihren Nationalgebilden und erheben real einen Anspruch auf Souveränität. Doch machen sie alles in allem 6,6 Prozent der Bevölkerung Rußlands aus.

Es ergeben sich nun zwei ewige russische Fragen, nämlich "Wer ist schuld?" und "Was tun?"

"Schuld" ist natürlich unsere Geschichte, und was zu tun ist, darüber sollte man nachdenken, indem man sich nicht einzig und allein von den Geboten von heute leiten läßt. In den letzten Jahren werden energisch die Forderungen nach Selbstbestimmung erhoben, was einer der Gründe dafür gewesen ist, daß aggressiver Nationalismus und Separatismus in Aktion getreten sind, die die Integrität des russischen Staates untergraben. Ein anschauliches Beispiel dafür liefert Tschetschenien. Es stellt sich nun die Frage: Wer wird der nächste sein? Eine Schlußfolgerung liegt bereits vor: Mit Waffengewalt läßt sich die Integrität eines Staates nicht immer beibehalten, doch auch eine Souveränität läßt sich mit Waffengewalt nur schwer erkämpfen.

Zur Zeit ist ein Prozeß der Stärkung der Selbständigkeit der Subjekte der Russischen Föderation im Gange, doch sollte dieser Prozeß auch seine vernünftigen Grenzen haben. Die Ausstattung von Subjekten der Föderation mit der staatlichen Souveränität führt zur Zerstörung des einheitlichen Staatswesens. Eine Stärkung der Selbständigkeit der Regionen sollte nicht durch ein Abbröckeln der staatlichen Souveränität erfolgen, sondern durch ausgewogene Übergabe der Vollmachten von der Föderation an die Subjekte derselben.

Daher sollte man bei der Beantwortung der Frage "Was tun?" an das Problem des Föderalismus mit besonderer Sorgfalt herangehen. In Rußland, das mehrere Produktionsverhältnisse und ein buntes soziales Gesicht aufzuweisen hat, ist das die grundlegende Frage des staatlichen Aufbaus. Der Föderalismus, das sind vor allen Dingen territorialbezogene Formen der Demokratie. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Rußland macht eine Föderalisierung der Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Regionen erforderlich. Das setzt eine exakte Abgrenzung der Funktionen und des Eigentums zwischen den föderalen und den regionalen Behörden voraus und die zunehmende Übergabe der Funktionen und der Mittel für deren Ausübung aus dem Zentrum an die Regionen, dies zusammen mit der Verantwortung für die Ausübung der Funktionen und die Anspruchsnahme der Mittel.

Der Föderalismus bietet die Gewähr für die Integrität des Staates. Zugleich bedeutet der Föderalismus die Art und Weise, einen einheitlichen Staat, nicht aber eine Konföderation aufzubauen. Der Föderalismus setzt eine flexible Kombination der drei Machtebenen voraus: der föderalen, der regionalen und der lokalen Ebene, wobei der lokalen Selbstverwaltung, ohne die es weder den Föderalismus noch die Demokratie als solche gibt, ein besonderer Platz eingeräumt wird.

Buchstäblich dieser Tage (am 4. Oktober 1997) wurde in der "Nesawisimaja gaseta", einem der beliebtesten Blätter Rußlands, ein analytischer Beitrag unter dem auffallenden Titel veröffentlicht: "Wird die Russische Föderation das Jahr 2000 erleben?", der an Amolrik erinnert.

Ihr Verfasser schlußfolgert, daß die ethnischen Konflikte und die Dezentralisierungstendenzen von der Notwendigkeit zeugten, bei der Entwicklung die Vektoren zu wechseln. Das föderale Zentrum, die regionalen Eliten und die einfachen Bürger hätten nach seiner Auffassung keine gemeinsamen Interessen. Das äußere sich vor allen Dingen darin, daß es keine gemeinsame nationale Idee gäbe, die die Bürger zu einem Volk und die Territorien zu einem Staat zusammenschweißt. "Beim Fehlen gemeinsamer Interessen", schreibt der Verfasser dieses Beitrags, "wird der einheitliche geistige Raum des Landes zerstört. Als Folge dessen sind die Machthaber außerstande festzustellen, was sie eigentlich regieren. Das Land hört praktisch auf, als geschichtlicher und kultureller Wert, als einmalige geistige Kategorie zu bestehen. Dies führt unausbleiblich zu einer Zuspitzung der Widersprüche zwischen Territorien und Ethnien, zum territorialen Verfall..."

Die wichtigste Ursache für die Krisensituation, die sich nun herausgebildet hat, besteht nicht im Reformieren als solchem, sondern in den Methoden, die dabei angewandt werden. Das negative Wesen dieser Methoden des Reformierens hat sich als aspektenreich erwiesen. Dazu gehören das Ausbleiben des sozialen und des ethischen Inhalts der Reformen, die durch Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung und durch Bereicherung der Minderheit vollzogen wurden. Dazu gehören bewußte Zugeständnisse an den Nationalismus und den regionalen Separatismus auf der Grundlage der Anerkennung der Priorität der lokalen Gesetze gegenüber den Gesetzen der Föderation. Dazu gehört die verkündete Priorität der Interessen der Nation gegenüber den Interessen der Persönlichkeit, was

dazu führt, daß Menschenrechte mitunter mit Füßen getreten werden. Dazu gehört das Erheben des Marktes als solchen ins Absolute.

Gegenwärtig sind bereits 80 Subjekte der Föderation von den insgesamt 89, auf Subventionen angewiesen. Sie sind gezwungen, sich an das Zentrum mit der Bitte um Hilfe zu wenden. Dazu gehören vor kurzem noch so leistungsstarke Gebiete wie die Gebiete Swerdlowsk, Tscheljabinsk und Kemerowo.

Es hat sich eine rechtliche und finanzielle Ungleichheit der Regionen herausgebildet. So haben beispielsweise die Subjekte der Russischen Föderation an den föderalen Haushalt 10 Prozent der Einkommenssteuer gezahlt, während Tatarien nur ein Prozent zahlte. Die Regionen traten an das Zentrum die Hälfte der Abgaben für Spiritus und Spirituosen und in vollem Umfang die Akzisen für Erdöl, Erdölprodukte und Gas ab. Zugleich beließen Tatarstan und Baschkortostan diese Abgaben voll und ganz bei sich.

Es gibt nur einen Ausweg aus dieser Situation, nämlich ein umfassendes und konkretes Programm für die Entwicklung des Föderalismus in allen seinen Aspekten auszuarbeiten: dem staatsrechtlichen, dem politischen, dem wirtschaftlichen, dem sozialen und dem nationalen. Nicht von ungefähr habe ich das Wort "national" ganz am Ende dieser Aufzählung erwähnt. Gerade die Mißachtung aller aufgezählten Aspekte führt auch zu einer nationalen Explosion, zu Separatismus, zu unbegründetem Souveränitätsstreben, zur sogenannten Selbstbestimmung und nicht umgekehrt.

Die Nationalitätenfrage in allen ihren Erscheinungsformen ist natürlich kein Prärogativ der mittel- und osteuropäischen Staaten. In den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas ist sie überhaupt nicht aktuell, vom ehemaligen Jugoslawien abgesehen. Etwas anderes ist zu beobachten, wenn es um den Raum der ehemaligen Sowjetunion geht. Doch ergibt sich die Nationalitätenfrage in diesem oder anderem Grade auch in manchen Staaten Westeuropas. Unlängst hat *A. I. Tewdoj-Burmuli*, ein junger Wissenschaftler aus unserem Europa-Institut, eine analytische Arbeit zum Thema "*Europäischer Nationalismus im Kontext der europäischen Integration*" vorbereitet. In dieser Abhandlung untersucht er ausführlich verschiedene nationalistische Tendenzen in Ländern Westeuropas. In die Augen springt eine Ähnlichkeit der Ursachen für ein "nationales Aufflackern" in Rußland und in Schottland, auf Korsika und in Spanien, im Baskenland. Einen besonderen Platz nehmen die Ereignisse in Irland ein.

Die Veranstalter dieses Seminars baten mich, die Frage zu beantworten, ob westeuropäische Politik imstande sei, einen Beitrag zur Demokratisierung und Stabilität in Mittel- und Osteuropa zu leisten. Das Nationalitätenproblem gehört mit zu den schmerzvollsten in der Geschichte der heutigen Zivilisation. Mit den Versuchen, es durch Waffengewalt aus der Welt zu schaffen, begannen nahezu alle Kriege. Der Krieg in Tschetschenien drohte in einen gesamtrossischen Bürgerkrieg auszuwachsen. Als man daran gegangen war, Straßen osteuropäischer Städte nach dem tschetschenischen Terroristen *Salman Radujew* zu benennen, wurde dies als Verhöhnung der zahlreichen schuldlosen Opfer dieses Verbrechers empfunden.

Im großen und ganzen war die Reaktion in Verbindung mit den Ereignissen in Tschetschenien nicht immer adäquat. Es machte sich allem Anschein nach das "*Reich des Bösen*"-Syndrom, in bezug auf die Sowjetunion entwickelt, immer noch bemerkbar, wenn es auch um deren Rechtsnachfolgerin, die Russische Föderation ging. Wozu hätte man sonst den nationalen Egoismus auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion fördern sollen? In westeuropäischen Massenmedien schwang mitunter eine gewisse Schadenfreude mit, über das, was sich in unserem Lande abspielte. Es war erneut ein Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges, wobei der Westen als der Sieger in diesem Krieg präsentiert wird.

Heute kommt es auf eine sehr ruhige und sehr ausgewogene Einschätzung dessen an, was in Rußland vor sich geht. Es ist in eine neue Etappe seiner Entwicklung getreten. Möglich, daß es dies eher als alle anderen Staaten Europas und nicht nur Europas getan hat. Anderen Völkern steht es erst bevor, ihre Reformen zu vollziehen, und diese gehen ohne Verluste nicht vor sich. Wichtig ist nur, daß man diese Verluste auf ein Minimum reduziert.

Ich bin mir dessen sehr wohl bewußt, daß auch russische Massenmedien, auf die man sich im Westen beruft, oft alles, was sich in unserem Lande vollzieht, anschwärzen. Doch man muß es verstehen, selbst in einem Strom von Lügen Konstruktives ausfindig zu machen. Daher ist es besser, daß man einander ohne Vermittler kennenlernt und sei es auch in einer solchen Form wie bei diesem Seminar.

Vertreter der Völker, die sich an diesem Tisch eingefunden haben, verkörpern unsere Gesellschaft mit ihren unseren Unterschieden. Die Ostgrenze Europas ist mit der russisch-ukrainischen Grenze nicht identisch. Alle Versuche, Rußland von heute von dem restlichen Europa zu isolieren, sind zum

Scheitern verurteilt. Mit Rußland gilt es, vielseitige Beziehungen zu entwickeln und zu pflegen. Man sollte auf die Unterstützung jedweder Art von nationalem Separatismus auf seinem Territorium verzichten. Wenn es in Rußland schlechter wird, wird es dadurch in Westeuropa kaum besser werden. In der Politik gilt es, das in den Vordergrund zu rücken, was uns eint, und nicht das, was uns trennt. Natürlich haben verschiedene Völker unterschiedliche Standpunkte zu diese oder jenen Fragen aufzuweisen. Ihnen scheint der Vormarsch der NATO nach dem Osten eine pure Bagatelle zu sein. Doch unser Volk, das die Zeit erlebt hat, da die Nazis an der Wolga standen, verhält sich dieser "Bagatelle" gegenüber mit gewissem Mißtrauen, obwohl wir, Hand aufs Herz, auch dies überleben werden.

Und schließlich: In den Ländern Westeuropas sind beachtliche Erfahrungen bei der Errichtung eines demokratischen Systems zum Lenken und Leiten des Staates gesammelt worden. Man sagt, die Amerikaner hätten ihrem Staatswesen das Schweizer Kanton-System zugrundegelegt und lediglich die Kantone in Bundesstaaten umgetauft. Wir haben das System einer Präsidentialrepublik den Franzosen "abgeluchst". Mir persönlich sagt eine parlamentarische Republik von der Art, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Republik Österreich besteht, mehr zu. Doch das ist, wie gesagt, eine Geschmacksache.

In den Ländern Westeuropas sind einmalige Systeme zur örtlichen Selbstverwaltung geschaffen worden. Mit dem Studium der Arbeitserfahrungen der deutschen Kommunen befaßt sich heute das *Zentrum für deutsche Studien des Europa-Instituts* in Moskau, das zu repräsentieren ich hier die Ehre habe. Es geht nicht um eine Kopie des Systems der lokalen Machtorgane, sondern vielmehr um die Verwertung dieser Erfahrungen in Anwendung auf die spezifischen Bedingungen Rußlands. Wahrscheinlich läßt sich da ein Schlüssel für die Lösung einer Vielzahl von Problemen finden, die mit der Lage der nationalen Minderheiten in unserem Lande zusammenhängen.

Wir haben hier von der Demokratisierung und der Friedensliebe gesprochen. Antipode für diese Begriffe sind "Diktatur" und "Feindseligkeit". Diese Begriffe gilt es, aus unserem tagtäglichen Sprachgebrauch zu streichen.

Abschließend möchte ich sagen, daß ich in meinen Ausführungen Angaben mit verwertete, die ich aus der Analytischen Verwaltung der Staatsduma, der Zweiten Kammer unserer Föderalversammlung, bezogen habe.

Dr. Victor Rykin
Russian Academy of Sciences (IE-RAS), Institute of Europe, Moskau